



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Gemeinden zu verordnen, in denen die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besonders gefährdet ist. Dies ist gegenwärtig insbesondere in den Städten und Gemeinden in direkter Nähe zur Hamburger Landesgrenze, in Kiel und Lübeck sowie auf Sylt der Fall. Ausnahmen zur Gewährleistung der wohnungsnahen Versorgung können vorgesehen werden.

Begründung:

Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in Schleswig-Holstein ist gefährdet, wo deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Mietsteigerungen, Miethöhen und Unterschiede zwischen Bestandsmieten und Mieten bei Neuvermietungen vorzufinden sind. Dies ist nach den Erkenntnissen der Landesregierung insbesondere in den Städten und Gemeinden in direkter Nähe zur Hamburger Landesgrenze, in Kiel und Lübeck sowie auf Sylt der Fall. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen (z.B. Studierende, Rentenbezieher, Empfänger sozialer Transferleistungen) und kinderreiche Familien in besonderem Maße.

Diese negative Entwicklung wird durch eine schleichende Umwandlung oder Umnutzung des vorhandenen bezahlbaren Wohnraums in Gewerbeflächen einschließlich gewerblicher Zimmervermietung weiter verschärft. Die schrittweise Zweckentfremdung des vorhandenen Wohnraums konterkariert die kostenintensiven Bemühungen um die Schaffung neuen Wohnraums.

Vor diesem Hintergrund soll die Landesregierung die im Gesetz zur Begrenzung des Mietanstiegs vom 4. November 1971 vorgesehene Möglichkeit nutzen, die Zweckentfremdung von Wohnraum in Gemeinden zu verbieten, in denen die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besonders gefährdet ist. Um die wohnungsnahe Versorgung zu gewährleisten, können Ausnahmeregelungen etwa für Tagesmütter, Kitas, Ärzte oder Existenzgründer, die ihre Wohnung für berufliche Zwecke nutzen wollen, angebracht sein.

Dr. Patrick Breyer

Sven Krumbeck
und Fraktion